

können. Vorausgesetzt, daß die anderen interessierten Regierungen diese Ansicht teilen, bestehe folglich die Suspendierung der Reparationen und Kriegsschulden fort. Auf Grund der bestehenden Abkommen werde die britische Regierung unbeirrt auf ihrem Recht bestehen bleiben.

## Die Tschechoslowakei und Lettland zahlen

Washington, 14. Dezember.

Staatssekretär Stimson übergab dem tschechoslowakischen Gesandten die ablehnende Antwort Amerikas auf deren Ersuchen, die am 15. Dezember fällige Kriegsschuldendrate auszuweichen. Der tschechoslowakische Gesandte erklärte, sein Staat werde die am 15. Dezember fälligen 1,5 Millionen Dollar zahlen, drückte aber gleichzeitig den Wunsch nach einem das Kriegsschuldenproblem regelnden Abkommen aus.

Riga, 14. Dezember.

Die lettische Regierung hat beschlossen, ihre am 15. Dezember fälligen Schuldverpflichtungen an die Vereinigten Staaten abzudecken.

## Praktische Geschäftsleute?

Roosevelts Berater über das Schuldenproblem.

New York, 14. Dezember.

Der Berater des kommenden Präsidenten Roosevelt, Oberst House, veröffentlicht in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ einen Artikel unter der Überschrift „Einige Auslandsprobleme der nächsten Regierung“. Der Verfasser vergleicht einleitend Roosevelts „realistischen Geist“ der internationalen Zusammenarbeit mit der „engherzigen“ Politik der Republikaner, die alle Bemühungen um eine allgemeine dauernde Lösung der Nachkriegsprobleme vereitelt hätte, und fährt in seinen Ausführungen unter Hinweis auf die im demokratischen Parteiprogramm geforderte amerikanische Zolltarifpolitik fort, wenn Auslandswaren in den USA zum Wettbewerb wieder zugelassen würden, so erlangten die Farmer ihre Auslandsmärkte und die Fabrikanten ihre Absatzmöglichkeiten bei den Farmern zurück. Eng verknüpft mit der Zollfrage sei das Kriegsschuldenproblem.

Er, House, sei der Ansicht, daß die neue Regierung das Neueste tun sollte, um die Kriegsschuldenfrage ein für allemal auf eine Basis zu bringen, daß sie nicht länger eine politische Frage sei. Wie dies am besten zu erreichen sei, müsse Gegenstand von Verhandlungen mit jeder Schuldernation sein. Es sei zu hoffen, daß die Schuldnerländer zwar ihren Verpflichtungen am 15. Dezember nachkämen, dann aber einzeln zur eingehenden Erörterung des ganzen Problems für das Frühjahr 1933 um Konferenzen mit den Vereinigten Staaten nachsuchten. Roosevelt habe bereits angekündigt, daß er einer Konferenz mit den Schuldnerländern wohlwollend entgegenstehe, und auch vorausgesetzt, daß mit einer Zahlung nur zu rechnen sei, wenn durch niedrigere Zollsätze die Einfuhr nach den Vereinigten Staaten ermöglicht werde.

In Lausanne, so heißt es in dem Artikel des Obersten House weiter, hätten die Alliierten aufrichtige Anstrengungen gemacht, um den aus dem Kriege verbliebenen Haß zu vergessen. Sie hätten einen großen Schritt unternommen, ein für allemal die Reparationsfrage zu erledigen, und sie hätten dies vermocht, weil ihre Völker erkannten, daß die dunkle Reparationswolke über Europa weniger fruchtbringenden Regen als die Gefahr neuer katastrophaler Stürme verhieß. Aus den gleichen Gründen müßten die Amerikaner als praktische Geschäftsleute aus Erwägungen des gesunden Menschenverstandes heraus ebenfalls bereit sein, das Notwendige zu tun, um endlich die Kriegsschuldenfrage als politische Frage zu erledigen.

Die Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden nahm eine Entschliebung an, in der der amerikanische Kongress auf die dringende Notwendigkeit einer sofortigen wohlwollenden Stellungnahme gegenüber dem von anderen Ländern geäußerten Wunsche nach Neuverwägung der Kriegsschuldenfrage hingewiesen wird.

## Hoover soll in Anklagezustand versetzt werden.

Auffsehenerregender Antrag MacFaddens.

Washington. Das Mitglied des Repräsentantenhauses MacFadden brachte am Dienstag im Repräsentantenhaus einen aufsehenerregenden Antrag ein, nach dem Hoover wegen „großer Verbrechen und widerrechtlicher Aneignung der gesetzgebenden Gewalt“ angeklagt werden soll. Der Antrag spielt offensichtlich auf Hoovers Haltung in der Kriegsschuldenfrage an.

Verfassungsmäßig ist zur Annahme dieses Antrages eine Zweidrittelmehrheit nötig. Die Entscheidung über die Anklage hat letzten Endes der Senat, der bei einer etwaigen Verurteilung ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit anbringen muß.

Die Anklage von MacFadden gegen Hoover besteht aus 19 Punkten, in denen Hoover zum Vorwurf gemacht wird, er habe sich in die Schuldensahlungen zugunsten der fremden Nationen eingemischt, Geheimkonferenzen mit der deutschen Regierung und internationalen Bankiers abgehalten, deren Ergebnis das Moratorium gewesen sei und habe das Stillhalteabkommen zugunsten privater Interessen eingeleitet. Der Antrag von MacFadden wurde jedoch vom Repräsentantenhaus ohne jede weitere Aussprache abgelehnt.

## Rücktritt der belgischen Regierung

Brüssel, 14. Dezember.

Der belgische Ministerpräsident de Broqueville teilte im Ministerrat mit, daß er dem König seine Demission überreichen wird. Damit ist das Kabinett zurückgetreten. Die letzte Amtshandlung des Ministerpräsidenten war die Entscheidung über die Kriegsschuldenzahlung an Amerika.

## Politische Rundschau.

Austritt aus der SPD.

Der ursprünglich als badischer Innenminister in Aussicht genommene Bürgermeister Dr. Kraus in Mainz hat seinen Austritt aus der SPD erklärt. In einem Schriftsatz begründet er diesen Schritt damit, daß ihm die politische Haltung der badischen Sozialdemokratie, die durch die Ablehnung des Kontrats die badische Koalition gesprengt habe, das Weiterverbleiben in der Sozialdemokratischen Partei unmöglich mache.

Wieder eine Rotfront-Versammlung ausgehoben.

Beamte der politischen Polizei ermittelten abends in einem Nebenzimmer eines Lokals in Ellerbeck eine Versammlung des verbotenen Rotfrontkämpferbundes. An der Geheimnisfeier nahmen 27 Personen teil. Die Sitzung wurde aufgehoben und die Personalien der Versammlungsteilnehmer wurden festgestellt. Der Weiter der illegalen Rotfrontkämpferfeier wurde festgenommen.

## Verbilligungsaktion als Winterhilfe

Vor der Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 14. Dezember.

Die heutige Sitzung des Reichskabinetts wird schon vor-mittags beginnen und wahrscheinlich den ganzen Tag über dauern, da eine ganze Fülle von Verhandlungspunkten zur Beratung steht. Dazu wird auch die Winterhilfe gehören. Sie kann aus finanziellen Gründen nicht nach den vor einigen Tagen gefaßten Beschlüssen des Ausschusses durchgeführt werden. Die Reichsregierung hat aber selbst sehr stark das Bedürfnis, eine Hilfe zu organisieren, die der Not der Erwerbslosen entgegenkommt. In den letzten Tagen fand deshalb zwischen den beteiligten Ressorts eine Reihe von Verhandlungen statt, deren Ergebnis heute dem Reichskabinett unterbreitet werden wird. Es basiert in erster Linie auf einer Verbilligungsaktion, wie sie früher schon für Fleisch angewandt wurde. Dazu werden diesmal wahrscheinlich noch Kohle und vielleicht auch Brot und eine Reihe anderer Lebensmittel kommen.

Leider wird es aber kaum möglich sein, die Organisation für diese Hilfsaktionen so sehr zu beschleunigen, daß noch vor Weihnachten mit der Bewirtlichung gerechnet werden kann.

## Der neue sozialpolitische Kurs

Beratung des Haushaltsausschusses.

Berlin, 13. Dezember.

Der Haushaltsausschuh des Reichstages setzte seine Verhandlungen fort. Der Ausschuh ließ sich über die inzwischen stattgefundenen Verhandlungen des Unterausschusses wegen Aufhebung der lohnpolitischen Verordnung vom 5. September Bericht erstatten. Im Unterausschuh hat die Reichsregierung durch den Reichsarbeitsminister erklären lassen, daß sie die Verordnung vom 5. September mit einer gewissen Uebergangsregelung aufheben wolle, so daß

die Tariflöhne wiederhergestellt

werden. Ueber die notwendige Ablaufsfrist konnte sich der Unterausschuh nicht einig sein. Die Reichsregierung hat, wie der Berichtler mitteilte, inzwischen eine neue Erklärung abgegeben, daß eine

generelle Ablaufsfrist bis zum 31. Dezember

vorgesehen werde. Diese Frist soll für Betriebe, die nachweislich noch Aufträge auszuführen haben, die auf Grund der gekürzten Lohnsätze heringenommen wurden und denen nachweislich bei sofortiger Aufhebung der Verordnung ein Schaden entstehen würde, auf Antrag vom Schlichter bis 31. 1. 1933 verlängert werden können. Außerdem habe die Reichsregierung die Absicht, die inzwischen ergangenen Ausführungsverordnungen außer Kraft zu setzen. Der Ausschuh nahm diese Mitteilung zur Kenntnis.

In Auswirkung des kürzlich bei dem Reichspräsidenten erfolgten Besuches empfang der Reichsarbeitsminister Vertreter der Christlichen Gewerkschaften. In der Besprechung wurden alle schwebenden sozialpolitischen Fragen eingehend erörtert.

## Ausschuh hebt Juni-Verordnung auf

Berlin, 14. Dezember.

Der Haushaltsausschuh des Reichstages beschloß mit 24 Stimmen der Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Kommunisten die Annahme eines sozialdemokratischen Antrages, wonach die Notverordnung vom 14. Juni 1932 „zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und Sozialversicherung“ außer Kraft zu setzen ist.

Alle anderen Parteien erklärten, sich an der Abstimmung nicht beteiligen zu wollen. Weiter wurde bei Nichtbeteiligung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei ein deutschnationaler Antrag angenommen, wonach auch die Sozialhärtens der Notverordnung vom 3. Dezember 1931 beibehalten werden sollten.

## Fühlungnahme des Kanzlers mit dem Reichsrat.

Berlin. Reichskanzler von Schleicher empfing am Dienstag den geschäftsführenden Ausschuh des Reichsrates, der aus je einem Vertreter Preußens, Bayerns, Württembergens besteht und dem für die kleineren Länder Erzelenz Boden angehört. Bei dem Empfang handelt es sich um eine übliche erste Vorstellung des Reichsratsausschusses bei der neuen Reichsregierung. Im Namen des Reichsrates brachte Ministerialdirektor Dr. Brecht, der Vertreter Preußens, die Wünsche und Ansichten des Reichsrates zum Ausdruck. Vor allem, soweit es sich um das Verhältnis der Reichsregierung zum Reichsrat beziehungsweise zu den Ländern handelt. Nachdem der Kanzler kurz erwidert hatte, fand ein Gedankenaustausch statt.

## Das Handwerk an den Reichskanzler.

Hannover. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat in einem Schreiben den Reichskanzler gebeten, in seiner Rundfunkrede auch zu den vordringlichen Fragen der Handwerkswirtschaft Stellung zu nehmen. Das Schreiben betont, daß nur durch die unmittelbare Einschaltung einer mit den Verhältnissen des gewerblichen Mittelstandes durchaus vertrauten Persönlichkeit an entscheidender Stelle die erforderliche Berücksichtigung des Handwerks erwirkt werden könne.

Der Eingabe wurde eine Entschliebung beigefügt, die den Ernst der Lage im Handwerk und seine Verzweiflungssituation kennzeichnet. Schließlich wurde der Reichskanzler noch gebeten, der Spitzenvertretung des deutschen Handwerks sobald als möglich Gelegenheit zu mündlichem Vortrag zu geben. Auch an den Reichskommissar für das Handwerk und das Kleingewerbe trat der Reichsverband heran mit der Bitte, im Sinne des an den Kanzler gerichteten Schreibens seinen Einfluß zur Geltung zu bringen.

## Post stellt Verkehrsbelebung fest

Einführung einer vorbildlichen „Kleingutsendung“.

Berlin, 14. Dezember.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost stellte in seiner letzten Sitzung fest, daß vom September ab in den meisten Dienstzweigen eine über die Saisoninflüsse hinausreichende konjunkturelle Verkehrsbelebung bemerkbar sei.

Der Verwaltungsrat wurde über den Stand des Arbeitsbeschaffungsprogramms unterrichtet. Da die Anleihefrage noch nicht gelöst ist, hat die Deutsche Reichspost aus dem Gesamtprogramm von 60 Millionen RM einstweilen Zusatzaufträge in Höhe von 34 Millionen RM herausgegeben.

Der Reichspostminister kündigte ferner an, daß die Post für den Massenpaketverkehr zwischen großen Orten eine gegenüber dem Postpaket etwas verbilligte Kleingutsendung

bis zum Höchstgewicht von sieben Kilogramm einführen wolle, die die Bezeichnung „Postgut“ erhalten soll.

Der verbilligte Tarif wird sich etwa auf gleicher Höhe wie die allgemein im Sammelverkehr bestehenden Vergütungsätze halten. Eine Unterbietung anderer Verkehrsunternehmen ist nicht beabsichtigt. Der Tarif ist als Freibaus-Tarif gedacht; Zustellungsgebühren werden nicht erhoben. Die neue Verwendungsart soll zunächst verjudungsweise eingeführt werden, sobald die Vorbereitungen beendet sind. Der Verwaltungsrat genehmigte sodann eine Verlängerung der Fristen für die erleichterte Wiedereinrichtung ge-lündigter Fernsprechanstalten.

## „Ende des Sieges“

Großes Geschrei der Basallen Frankreichs.

Genf, 14. Dezember.

In der internationalen Presse wird immer noch die Genfer Uebereinkunft der Großmächte eifrig erörtert. Nachdem die erste Ueberrandung überwunden ist, werden mehr und mehr die kritischen Stimmen laut. Namentlich die Presse der Basallenstaaten Frankreichs erhebt ein großes Geschrei. Die tschechischen Regierungsblätter können sich kaum fassen. Das Parteorgan des Ministerpräsidenten, der agrarische „Benlow“ nennt die Genfer Resolution ein großes Mißverständnis.

Die „Narodni Politika“ spricht vom „Ende des Sieges“. In die Friedensverträge sei eine Bresche gelegt. Jetzt kämen die Grenzrevision und das Kolonialstatut an die Reihe. Der Sieg sei in einer grundsätzlichen Frage zunichte gemacht. Die nationaldemokratische „Narodni Listy“ erklärt, die Resolution sei ein gefährliches Zugeständnis. Die neueste Kraftprobe der Berliner Regierung sei auf das glänzendste gelungen, und die Welt müsse darauf vorbereitet sein, daß Deutschland nächstens wieder mit neuen Forderungen auf den Plan treten werde.

Das gleiche Echo kommt aus Polen. Die Regierungsblätter melden sehr nachdrücklich den polnischen Anspruch auf Aufhebung der Minderheitenschutzverträge bzw. ihre Ausdehnung auf sämtliche Staaten an. Der „Krauer Kurier“ fordert, daß die mit Minderheitenverträgen „belasteten“ Staaten an die Großmächte mit dem Ersuchen herantreten sollten, diese „Diskrimination“ aufzuheben. Entweder verpflichte ein einheitlicher Minderheitenpakt alle Staaten, oder die Minderheitenverträge müßten zu bestehen aufhören, weil sie zu dem von den Großmächten in Genf feierlich verkündeten Grundsatz der Gleichberechtigung in Widerspruch stünden. (1) Die deutsche Politik habe einen Präzedenzfall geschaffen, aus dem man die Konsequenzen ziehen müsse. Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ meint, daß durch die Genfer Uebereinkunft eine neue politische Lage geschaffen worden sei.

Die Deutschland gemachten Zugeständnisse gäben der deutschen Politik die Mittel in die Hand, die Frage der Revision der territorialen Bestimmungen des Vertrages von Versailles auf die Tagesordnung zu setzen. Gegenwärtig bilde das Heer Polens und das seiner Verbündeten die einzige Sicherheitsgarantie für Polen. Polen dürfe nun keinen falschen Schritt und keine Ungeschicklichkeit begehen. Ohne Uebertreibung könne man sagen, daß Polen gegenwärtig in den entscheidenden Abschnitt seiner Zukunft eintrete.

## Wirksame Durchführung

Nächste Sitzung des Abrüstungsbüros Ende Januar.

Genf, 14. Dezember.

Das Büro der Abrüstungskonferenz, an dessen Sitzung zum ersten Male seit Juli wieder ein deutscher Vertreter teilnahm, hat beschlossen, dem Hauptausschuh eine Entschliebung vorzuschlagen, in der das Ergebnis der Fünfmächtebesprechungen begrüßt und die Bereitschaft zu einer wirksamen Durchführung der Konferenzarbeiten ausgesprochen werden soll.

Die nächste Sitzung des Büros soll am 23. Januar, die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 31. Januar stattfinden.

In der Sitzung des Abrüstungsbüros wurde auch über das künftige Arbeitsprogramm des Hauptausschusses gesprochen. Im Januar wird eine Reihe weiterer Berichte der Unterausschüsse abgeschlossen werden, so daß der Hauptausschuh seine Arbeiten mit der Erörterung dieser Berichte wird beginnen können. Im Anschluß daran soll der französischen Delegation Gelegenheit gegeben werden, den französischen Konstruktivplan zu demonstrieren. Die Erörterung dieses Planes wird die Eröffnung der Debatte über die politischen Kernprobleme der Abrüstungskonferenz bedeuten.

60 Millionen Franken für neue belgische Grenzbefestigungen.

Hundert betonierte Unterstände beabsichtigt die belgische Regierung nach einer Meldung aus Brüssel an der deutsch-belgischen Grenze zu erbauen und mit automatischen Feuerwaffen zu versehen. Die Kosten von über 60 Millionen Franken sind bereits gedeckt. Ferner soll der strategische Abschnitt von Herne stärker befestigt und als Verteidigungspunkt für Lüttich ausgebaut werden.

## Direkte öffentliche Arbeitsbeschaffung

Besprechungen Gereskes mit den Landkreisen.

Berlin, 14. Dezember.

Eine grundsätzliche Regelung der Befugnisse des Arbeitsbeschaffungskommissars ist bereits erfolgt. Diese Regelung wird in der Kabinettsitzung am heutigen Mittwoch endgültig verabschiedet und dann im Rahmen einer besonderen Verordnung der Öffentlichkeit übergeben werden.

Zwischen dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereske, und dem Präsidenten des Landfreistages, Dr. von Stempel, hat eine eingehende Besprechung über die mit der Arbeitsbeschaffung zusammenhängenden Fragen stattgefunden. Das Ziel, die unerträgliche finanzielle Belastung der Bezirksfürsorgeverbände durch Entlastung der Wohlfahrtserwerbslosen ziffern fühlbar zu vermindern, könne nur durch direkte öffentliche Arbeitsbeschaffung erreicht werden. Man sei sich darüber einig, daß schnellstes Handeln unbedingt geboten sei, wenn dieser Zweck erreicht werden soll. Durch beschleunigte Arbeitsbeschaffung auf dem Wege über Vergebung öffentlicher Aufträge werde nicht nur den Gemeinden und Kreisen Erleichterung gebracht, sondern die dadurch hervorgerufene größere Beschäftigung der Privatindustrie lasse weitere fühlbare Erleichterungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eintreten. Die Finanzierung, der wichtigste Teil des Problems, sei bis in alle Einzelheiten durchgesprochen worden.